

# Vogtletter

## In dieser Ausgabe:

Auf Seite 2 gibt es ein **machtvolles Signal gegen Arbeitsplatzabbau**. Außerdem geht es hier um die **Auswirkungen des schwarz-gelben Kürzungspakets auf die Rentenkasse**.

Im Kommentar auf Seite 2 kritisiert Rolf Schwanitz den **Ablaschhandel bei der geplanten Laufzeitverlängerung deutscher Atomkraftwerke**.

Auf der dritten Seite wird eine **Bilanz der 14. Bundesversammlung** gezogen und über das **Jubiläum der Firma Lehmann Maschinenbau** berichtet.

Auf der letzten Seite ist die **schwarz-gelbe Gesundheitsreform** Thema. Und die **frechen Strolche** beschäftigen sich mit **Versteigerungen**.

## Kurz gemeldet

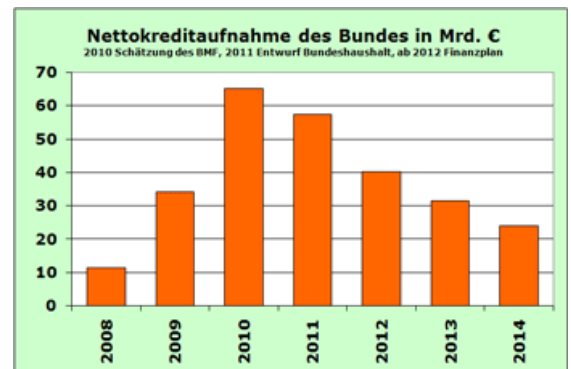
### Mehr Verbraucherschutz

Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen Gesetzentwurf zur Verbesserung des Verbraucherschutzes bei Vertragsabschlüssen im Internet (Drs. 17/2409) vorgelegt, der am 8. Juli erstmalig beraten wurde. Der Entwurf sieht vor, dass ein im Internet geschlossener Vertrag nur dann wirksam wird, wenn die Verbraucher einen gesonderten, besonders hervorgehobenen Hinweis ("Button") auf den Preis erhalten und diesen durch Anklicken bestätigen.

## Der Bundeshaushalt 2011: Dokument des Scheiterns

In der vergangenen Woche hat die schwarz-gelbe Bundesregierung den Entwurf des Bundeshaushalts 2011 und des Finanzplans bis 2014 vorgelegt. Weil die Konjunktur etwas besser als erwartet läuft, soll die geplante Neuverschuldung auf unter 60 Mrd. Euro sinken. In diesem Jahr rechnet das Bundesfinanzministerium im Haushaltsvollzug mit neuen Schulden in Höhe von 65 Mrd. Euro. Das ist die höchste Nettoverschuldung des Bundes in der Geschichte der Bundesrepublik. Für den SPD-Bundestagsabgeordneten Rolf

Schwanitz, Mitglied des Haushaltsausschusses, ist der Entwurf des Bundeshaushalts ein Dokument des Scheiterns. Es belegt, wie vor allem die Schwächeren in der Gesellschaft für die schwarz-gelben Steuerprivilegien und Klientelgeschenke auf Pump zahlen müssen. Dies offenbart die schwarz-gelbe Sparliste, die in den Haushaltsentwurf eingeflossen ist: Konkret wird die Koalition bei den Einschnitten in die Vermittlung und Förderung von Arbeitslosen, beim Streichen des Elterngelds, des Heizkostenzuschusses beim Wohngeld und der Zuschüsse zur Rentenversicherung (siehe Artikel auf der folgenden Seite). Andere Luftbuchungen im Haushaltsentwurf sind die Rückführung der Energiesteuervergünstigungen der Industrie (1,5 Milliarden Euro), die Ticketabgabe im Flugverkehr (1 Milliarde Euro) oder auch der von Finanzminister Schäuble so genannte "Beitrag der Kernenergiewirtschaft" (2,3 Milliarden Euro). Bei keinem dieser Punkte ist auch nur im Ansatz erkennbar, wie er ausgestaltet und durchgesetzt werden soll. Keiner dieser Milliarden-Posten steht bislang im Gesetzblatt. Deshalb wird die SPD-Bundestagsfraktion genau prüfen, wie die Begleitgesetzgebung zum Bundeshaushalt läuft, bei der die Regierung im August und September Farbe bekennen muss. "Die erste Lesung des Haushalts Mitte September ist die Stunde der Wahrheit.", sagte Rolf Schwanitz.



## Zu Gast bei der Wismut in Ronneburg

Am 26. Juni fand am ehemaligen Wismutschacht 407 in Ronneburg ein Tag der offenen Tür statt. Der aktive Uranbergbau hatte im Jahr 1990 radioaktive Abraumhalden, riesige Schlammteiche und kilometerlange Grubenhöhlräume hinterlassen. Die 6,4 Milliarden Euro teure Sanierung der Wismutstandorte soll bis 2019 abgeschlossen sein. Um weitergehende Fragen zur Zukunft der Wismut zu beantworten, hatte der Bergbauverein Ronneburg mit seinem Vorsitzenden Eckehardt Riedel den Bundestagsabgeordneten Rolf Schwanitz (SPD) und den technischen Direktor der Wismut GmbH Dr. Ing. Stefan Mann eingeladen. Schwanitz hatte in seiner Denkschrift "Für eine politische Verantwortung des Bundes und der Länder Sachsen und Thüringen. Die Wismut-Folgefrage nach 2010" (<http://www.rolf-schwanitz.de/wismut-papier.pdf>) schon im März 2009 für eine lebendige Erlebnis- und Erinnerungskultur plädiert. Aus seiner Sicht müssen die Länder Sachsen und Thüringen gemeinsam mit dem Bund die "Folgefragen der Wismut" beantworten.



**Rolf Schwanitz im Gespräch mit Eckehardt Riedel**

## Machtvolles Signal gegen Arbeitsplatzabbau

Am 22. Juni demonstrierten tausende Menschen auf dem Plauer Altmarkt gegen Arbeitsplatzabbau im Vogtland. Anlass dazu war die akute Gefährdung von Arbeitsplätzen in vielen strukturbestimmenden Betrieben der Region. Aus diesem Grund riefen die Betriebsräte von NARVA/Philips, NEMA Netzschkau, Neoplan Plauen, MAN Roland mit Unterstützung der IG Metall zu einem Sternmarsch nach Plauen und zu einer anschließenden Kundgebung auf. Dem Aufruf schloss sich - initiiert von Rolf Schwanitz - auch die SPD-Vogtland an. Sie wollte gemeinsam mit der Kolleginnen und Kollegen ein starkes Zeichen setzen, denn nur ein solches wird auch in Aachen, Frankfurt, sowie in Dresden und Berlin gehört. Was auf dem Plauer Altmarkt dann ge-

schah, konnte als kraftvolles Signal der Region kaum übersehen werden. Vor vielen tausend Demonstranten wandten sich zahlreiche Redner vor allem gegen die Profitgier in den Managementetagen und gegen die jüngsten Entscheidungen zum Arbeitsplatzabbau im Vogtland (Video unter <http://www.youtube.com/RolfSchwanitz>). Massiv kritisiert wurde dabei die Untätigkeit der schwarz-gelben Regierungen in Dresden und Berlin gegenüber diesen Entwicklungen. "Schade, dass jetzt gerade keine Wahlen sind", machte



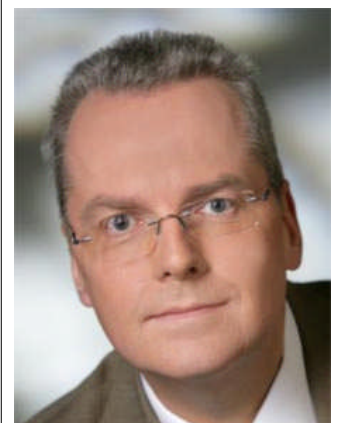
einer der Redner seiner Enttäuschung Luft. Die Demonstranten machten deutlich: Die Arbeiter des Vogtlandes werden dieser Entwicklung nicht mehr tatenlos zusehen. Schwanitz selbst will künftig nur Produkte von Unternehmen kaufen, die ihre soziale und regionale Verantwortung auch wahrnehmen. So will er als Konsument Philips im Laden die "rote Karte" zeigen.

## Kurz kommentiert

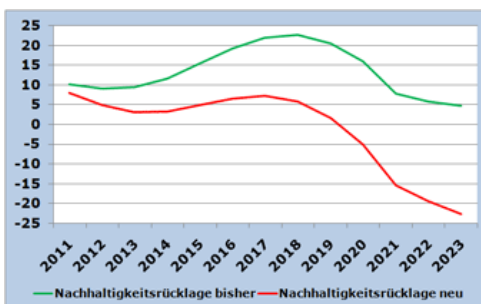
### Röttgens Ablasthandel

Die schwarz-gelbe Bundesregierung will im Herbst zügig über die Verlängerung der Laufzeiten deutscher Atomkraftwerke entscheiden. Dies wäre nicht nur ein Geschenk an die Atomindustrie in Milliardenhöhe. Eine solche Entscheidung gefährdet auch erneuerbare Energien und ist ein neues Sicherheitsrisiko für Deutschland. Die derzeit laufenden AKWs wären in Deutschland als Neubau nicht genehmigungsfähig. Keines entspricht den seit 1994 für neue Anlagen geltenden Sicherheitsstandards. Einer jüngsten Studie zufolge treten darüber hinaus bei den alten Anlagen, die zum Teil über 30 Jahre am Netz sind, deutlich mehr Vorkommnisse auf. Bei Neckarwestheim 1 und Biblis A, die eigentlich in nächster Zeit vom Netz müssten, ist die Fehlerereignisrate bis zu viermal höher. Für Deutschland, das im erheblichen Maße Strom exportiert, müsste beim Atomausstieg deshalb gelten: je eher, desto besser! Doch Merkel & Co. wollen das Gegenteil und Umweltminister Röttgen will die längeren Laufzeiten auch noch meistbietend versteigern. Dieses Prinzip erinnert unschwer an die Perversion des katholischen Ablasthandels vor der Reformation. Merks Politik ist eine Gefahr für unser Land und Röttgens Vorschlag ist ein moralischer Rückfall ins tiefste Mittelalter.

Rolf Schwanitz



## Schwarz-Gelber Griff in die Rentenkasse führt zu Beitragssatzanhebung!



Entwicklung der Nachhaltigkeitsrücklage durch das schwarz-gelbe Kürzungspaket (Angaben in Mrd. €)

Das schwarz-gelbe Kürzungspaket beinhaltet bekanntlich zwei Maßnahmen zulasten der Rentenkasse. Beim ALG II soll der Zuschuss an die Rentenversicherung abgeschafft werden und die Erstattung einigungsbedingter Leistungen soll künftig entfallen. Damit werden der Rentenversicherung künftig rund 2 Mrd. Euro jährlich entzo-

gen, was rechnerisch etwa 0,2 Beitragssatzpunkten entspricht. "Dass diese Maßnahme mit einer seriösen Haushaltskonsolidierung nichts zu tun hat, versteht sich von selbst. Schließlich wird dadurch lediglich ein Problem der Staatsschulden in die Rentenkasse verschoben.", stellte der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz fest. Inzwischen musste die Bundesregierung auch selbst einräumen, dass die Maßnahme Auswirkungen auf den Rentenbeitragssatz hat. Zwar werden dank der aktuell guten Finanzreserven der

Rentenversicherung (die sogenannte "Nachhaltigkeitsrücklage" betrug Ende April 14,7 Mrd. Euro) die Mindereinnahmen nicht sofort zu einem höheren Beitragssatz führen. Allerdings ist davon auszugehen, dass die bislang prognostizierte mögliche Absenkung des Beitragssatzes auf 19,4 Prozent im Jahr 2016 so nicht möglich sein wird. Kritisch sieht auch Alexander Gunkel, Vorsitzender des Bundesvorstandes der Deutschen Rentenversicherung Bund, die von der schwarz-gelben Bundesregierung geplanten Maßnahmen. "Zukünftig müssten die Beitragszahler über höhere Beiträge und die Rentner über geringere Rentenanpassungen die Lücke in der Finanzierung schließen.", sagte Gunkel.

## 65 Jahre Lehmann Maschinenbau

Die in Jocketa ansässige LEHMANN Maschinenbau GmbH hatte am 25. Juni 2010 zum Jubiläum eingeladen. Thilo Lehmann feierte mit seinen Mitarbeitern, Geschäftspartnern und Anwohnern 65 Jahre LEHMANN Maschinenbau und 20 Jahre Reprivatisierung. Vor 65 Jahren, am 16. Juni 1945, hatte sein Vater Heinz Lehmann im kleinen Dorf Pöhl die Firma als Reparatur- und Handwerksbetrieb gegründet. Mit dem Bau der Talsperre Pöhl zog die Firma 1960 nach Jocketa. Antriebe für Kuppeln in Sternwarten und Hydraulikgeräte wurden in diesen Jahren von LEHMANN gebaut und erlangten in den 60er Jahren bereits eine Goldmedaille auf der Leipziger Messe. Im Jahr 1972 setzte im SED-Staat die Verstaatlichungswelle ein und macht auch vor der Firma LEHMANN in Jocketa nicht Halt. Die Repression

ging später so weit, dass Heinz Lehmann unter fadenscheinigen Anklagepunkten in politische Haft genommen wurde. Die Friedliche Revolution 1989, an denen sich auch die "Lehmans" aktiv beteiligten, ermöglichte der Familie Lehmann am 16. Juni 1990 die Firma zu reprivatisieren. Heinz Lehmann erwarb sich nach 1990 auch viele Verdienste um die SPD im Vogtland, die ihn bis zu seinem Tod zu ihrem Ehrenvorsitzenden bestimmte. Sein Sohn Thilo Lehmann führt die Firma



**Großer Andrang herrschte beim "doppelten" Firmenjubiläum von LEHMANN Maschinenbau in Jocketa**

heute als alleiniger Geschäftsführer. Er betonte, dass seine Söhne Titus und Markus bereit sind, die Firma als Familienunternehmen in die Zukunft zu führen. "LEHMANN: Das ist Innovation 'made in Vogtland'. Wir sind stolz, was Ihr für unsere Region geschaffen habt!", so Rolf Schwanitz zum Firmenjubiläum.

## Kurz gemeldet

### Vorbild Bayern

Nach Ansicht von Rolf Schwanitz ist der Volkstentcheid in Bayern über einen strikten Nichtraucherschutz ein Sieg der Bürgerrechte und der Demokratie zugleich. Schwanitz sagte: "Die Bevölkerung hat sich in Bayern klar auf die Seite der Betroffenen gestellt und ihre Rechte gestärkt. Nicht intolerante Nichtraucher sind das Problem, sondern Raucher, die es als ihr gottgegebenes Recht erachten, durch ihre Sucht nicht nur sich selbst, sondern auch ihre Mitmenschen zu schädigen. Der Volkstentcheid hat dem ein klares Nein entgegengestellt. Diese Entscheidung war auch ein Sieg der Demokratie. Denn die Entscheidung fiel trotz aller von der CSU und der Zigarettenindustrie initiierten Kampagnen in den öffentlichen und privaten Medien. Diesmal hätte Sachsen allen Grund, sich Bayern zum Vorbild zu nehmen!"

## Bilanz der 14. Bundesversammlung

Bei der 14. Bundesversammlung am 30. Juni brauchte die schwarz-gelbe Mehrheit insgesamt drei Wahlgänge um ihrem Kandidaten, der nicht Volkes Wille war, zu den erforderlichen Stimmen zu verhelfen. Im ersten Wahlgang stimmten mindestens 44 "schwarz-gelbe" Wahlleute gegen Merkels Vorschlag. Merkel war einmal mehr unfähig, ihre mit der Kandidatenfrage verbundene politische Fehlentscheidung zu korrigieren. Dazu fehlte ihr die Kraft und das Format. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz ist überzeugt: "Joachim Gauck wäre der richtige Präsident für unser Land zur richtigen Zeit geworden. Sein demokratischer Patriotismus und die gelebte Maxime von Freiheit und Verantwortung

hätten dem Land gerade jetzt geholfen und wären für die Opposition alles andere als ein bequemer Weg gewesen." Ein völlig desaströses Ereignis war die Bundesversammlung aber auch für die sogenannte Linksfraktion. Ihre Stimmen verhinderten, dass Joachim Gauck eine Mehrheit bekam und zum Bundespräsidenten gewählt worden ist. Die Linke hat damit zweierlei unter Beweis gestellt: Sie kommt auch zwanzig Jahre nach dem Ende der DDR nicht aus ihrer SED-Geschichte heraus. Die innere Verstrickung weiterer Teile der sich Links nen-



**Joachim Gauck am Vorabend der Bundesversammlung zu Gast bei der SPD**

nenden Partei mit der Unterdrückungsgeschichte der SED ist noch immer so stark, dass sie lieber den konservativen Wulff als den Aufklärer Gauck zum Präsidenten machen. Die sogenannte Linke hat sich damit für Schwanitz bei bundespolitischen Fragen für lange Zeit als politikunfähig erwiesen.

### Klare Ablehnung

Am 24. Juni informierte Rolf Schwanitz auf Einladung des SPD-Ortsvereins Aue/Bad Schlema/Schneeberg über das Kürzungspaket der Bundesregierung. In der anschließenden Diskussion gab es harsche Kritik an der unsozialen Politik von Merkel und Westerwelle. Auf besondere Ablehnung traf bei den Sozialdemokraten die Streichung des Elterngeldes bei ALG II-Empfängern, die Streichung des Heizkostenzuschusses beim Wohngeld und der schwarz-gelbe Griff in die Rentenkasse. Es wird befürchtet, dass dadurch am Ende Beitragssatzsteigerungen oder Rentenkürzungen erzeugt werden. Alle Mitglieder des Ortsvereins nahmen sich vor, die Bevölkerung in den nächsten Wochen intensiv zu informieren.

Rolf Schwanitz MdB

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: 030-22777937  
Fax: 030-22776937  
rolf.schwanitz@bundestag.de

Freiheitsstr. 13  
08523 Plauen  
Tel: 03741-134118  
Fax: 03741-708483  
rolf.schwanitz@wk.bundestag.de

**Sie finden mich auch  
im Internet:**

[www.rolf-schwanitz.de](http://www.rolf-schwanitz.de)

### Aus dem Terminkalender von Rolf Schwanitz:

19.-23.7.2010, SPD-Infowoche im Vogtland (siehe unten rechts)

6.9.2010, 13 Uhr, Klausur der SPD-Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in Berlin

7.-8.9.2010, Klausur der SPD-Arbeitsgruppe Haushalt in Berlin

8.9.2010, 11 Uhr, Klausur der SPD-Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Berlin

9.-10.9.2010, Klausur der SPD-Bundestagsfraktion in Magdeburg

13.9.2010, 15 Uhr, SPD-Bundestagsfraktion in Berlin

13.-17.9.2010, Haushaltsberatungen in Berlin

### Die nächsten Bürger-sprechstunden:

Zur Zeit finden die Sprechstunden von Rolf Schwanitz nur nach individueller Terminvereinbarung statt. Anmeldungen können telefonisch oder auf der Homepage von Rolf Schwanitz vorgenommen werden.

## Die Rösler-Reform oder wie viel Gift ist tödlich?

"Das von Minister Rösler (FDP) in der vergangenen Woche vorgestellte schwarz-gelbe Einigungspapier in der Gesundheitspolitik ist ein schleichendes Gift für die solidarische Krankenversicherung. Es wird sich zeigen, ob die Dosis tödlich ist.", sagte der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz. Er kritisiert, dass



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Meide

**Die "Rösler-Lüge" am 24.10.2009: "Das System wird besser, ohne teurer zu werden."**

künftig der Anstieg der Gesundheitskosten entgegen allen Ankündigungen einseitig bei den Versicherten abgeladen wird. Die Truppe um den von konservativen Journalisten häufig als "Politiktalent" bezeichneten Rösler hat durch monatelanges Nichtstun eine Kostenlawine entstehen lassen, die nun einseitig bei den Beitragszahlern abgeladen wird. Die Ausgabenseite bleibt wegen der Klientelpolitik von Schwarz-Gelb weitgehend ungeschoren. Das dies genau das Gegenteil von "mehr Netto vom Brutto" ist, kümmert Rösler & Co wenig. Wahrscheinlich Anfang nächsten Jahres wird die Finanzierung der GKV nach dem Modell "Kopfpauschale durch die Hintertür" verändert. Dafür wird der allgemeine Beitragssatz um 0,6 Prozentpunkte angehoben.

Da der Arbeitgeberanteil danach eingefroren wird, haben die Versicherten künftig alle Kostensteigerungen allein zu schultern. Das wird in relativ kurzer Zeit zu einer enormen Dynamik der Versichertenbeiträge in der GKV führen und die Finanzierung immer unsozialer machen. Der neue Zusatzbeitrag ("Rösler-Prämie") wird von

Schwarz-Gelb als unsoziale Kopfpauschale organisiert. Das hat die Rösler-FDP immer gewollt und setzt es nun auch durch. Ein sozialer Ausgleich findet nur in Grenzen statt. Die Arbeitgeber werden dafür mit neuer Bürokratie überzogen. Sicher: Das ist nicht die totale Umstellung der GKV auf das Kopfpauschalenmodell. Aber Schwarz-Gelb macht die Krankenversicherung teurer, unsozialer und versucht sie dauerhaft zu entsolidarisieren. Spätestens bei der nächsten Bundestagswahl 2013 haben die Wählerinnen und Wähler es in der Hand, dem ein Ende zu bereiten.

## Freche Strolche



He Maxe, haste scho gehört, de CDU will die längeren Laufzeiten für die gefährlichen Atomkraftwerke itze meistbietend versteigern.

Klar hab ich des, Moritz. Willst wo mitbieten?

Son Quatsch Maxe. Awer des wär fei e gute Idee für unner Landrat endlich sei Löcher im Haushalt zu stopfe.

Wie meenstn des Moritz?

Na Maxe, stell dir doch emal vor, welche Mööchlichkeiten sich hier für unner Vogtlandkreis uftun.

I wes wirklich net, was de meenst Moritz!

Der Vogtlandkreis kennt Dinge versteischern, Maxe, da tätn de Leit nur so Schlange stehn!

Wasn zum Beispiel Moritz?

Na zum Beispiel e Erlaubnis, Maxe, füm Verstoß geschn des Rauchverbot in Kneipen, eene Erlaubnis fürs Bauen ohne Baugenehmigung oder eene weschn Staub und Dreck für de größte Umweltsau in unner heimischen Industrie.

Des is gar keene schlechte Idee Moritz, denn der Landrat liebt spektakuläre Auftritte un unner Kreissäckl wär endlich wieder prall gefüllt.

Vielleicht liesters ja, Maxe, un nimmt sich e Beispiel.

### SPD-Infowoche im Vogtland mit dem Bundestagsabgeordneten Rolf Schwanitz

Tag	Zeit	Ort
19.7.	12.00 – 14.00 Uhr	Stadtgalerie Plauen, Ausgang Mc Donalds
20.7.	09.00 – 11.00 Uhr	Lengenfeld, Marktplatz
21.7.	09.00 – 11.00 Uhr	Reichenbach, Marktplatz
	12.00 – 14.00 Uhr	Treuen, Bismarckplatz
22.7.	09.00 – 11.00 Uhr	Auerbach, Neumarkt
	12.00 – 14.00 Uhr	Falkenstein, Schlossstraße
23.7.	09.00 – 11.00 Uhr	Klingenthal, Marktplatz
	12.00 – 14.00 Uhr	Oelsnitz, Marktplatz
	15.00 – 17.00 Uhr	Stadtgalerie Plauen, Ausgang Mc Donalds